

VOR-WAHLKAMPF

Die Debatte ist faul



Drohbriefe wegen Meinungsdivergenzen? In der Diskussion um den Wert der Hausfrauen haben einige den klaren Blick schon verloren.
(Foto: Christian Mosar)

Konservative PolitikerInnen nutzen ein missglücktes Zitat, um pünktlich zur Regierungshalbzeit um die Wählerinnengunst zu buhlen.

Um einen differenzierten Standpunkt in der "Hausfrauen-Frage" bemühte sich eine Leserin in einem Brief an die Redaktion. Nachzulesen unter www.worx.lu

Als Gaston Gibéryen am Donnerstag vergangener Woche in der aktuellen Stunde zum Benevolat ans Rednerpult in der Chamber trat, schimpfte der ADR-Abgeordnete wie ein Rohrspatz: Frau Biermann solle ihre 260.000 LUF Rente holen und sich verkriechen. Sein Parteikollege setzte einen Tag später im Lëtzeburger Land noch eins drauf und sprach von "Hasstiraden" einer "kommunistischen Inquisitorin". Der Hintergrund für die ADR-Polemiken dürfte mittlerweile hinlänglich bekannt sein: Die pensionierte RichterIn und zweifache Mutter Marguerite Biermann kritisierte im RTL-Top Thema vom 9. März die Haltung jener Frauen, "dê einfach liddereg" daheim bleiben - und erklärte, sie habe vor solchen Frauen keinen Respekt, sondern empfinde allenfalls Mitleid.

Starke Worte, die für eine Welle der Empörung vor allem bei Hausfrauen und Ehemännern sorgten, wie zahlreiche Leserbriefe von Privatpersonen und Hausfrauenvertretungen in den Tageszeitungen der vergangenen zwei Wochen zeigen. "Respekt für alle", auch für die Hausfrau, wird dort unter anderem eingefordert, der Wert der Hausarbeit betont. Marguerite Biermann, in den 70er Jahren maß-

geblich an der Reform des frauenfeindlichen Code civil beteiligt, wird im Gegenzug der Titel "Frauenrechtlerin" abgesprochen. Ebenso die Fähigkeit Kinder zu erziehen oder Recht zu sprechen. Einigen reicht das offensichtlich noch nicht, sie schicken Drohbriefe an die "freche Lesbensau", warnen davor, ein nächstes Mal "ins Auto zu steigen".

Auf Stimmenfang

Dass sich bei all der öffentlichen Empörung insbesondere PolitikerInnen von ADR und CSV veranlasst sehen, sich schnellstens mit der angegriffenen Gruppe zu solidarisieren, liegt nahe. Schließlich handelt es sich bei den Hausfrauen hierzulande um eine wichtige Wahlklientel. Mehr als die Hälfte aller Luxemburgerinnen sind Hausfrauen. Analysen des CRP-Gabriel Lippmann und der ILReS über die Zusammensetzung der Wählerinnen im Jahr 1999 zeigen: Sowohl bei den ADR- als auch bei den CSV-Wählerinnen überwiegen die Hausfrauen gegenüber den berufstätigen Frauen.

Wohl deshalb beeilte sich CSV-Präsidentin Erna Hennicot-Schoepges bereits am darauf folgenden Wochenende im Luxemburger Wort zu einer Stellungnahme. Sie schreckte dabei selbst vor Vergleichen mit den Taliban nicht zurück. Auch Marie-Josée Jacobs forderte, eine Woche nach den Aussagen von Biermann, vor laufender RTL-Kamera tief betroffen "Respekt für alle" ein. Ihr Statement für die Sache der Hausfrauen ist besonders wichtig: Frauenministerin Jacobs sieht sich immer wieder mit der Kritik konfrontiert, sich zu sehr für die Berufstätigen und zu wenig für die Hausfrauen einzusetzen - und das nicht nur von ADR-Mann Gibéryen.

Wer jedoch genauer hinhört, wird bemerken, dass die schnell beschworene Solidarität der CSV mit den Hausfrauen so einfach nicht ist: Da ist die Wirtschaft, die trotz abnehmender Konjunktur in bestimmten Branchen noch immer händierend nach Arbeitskräften sucht. Zudem können auch die Konservativen mit ihrem traditionell-katholischen Familienverständnis den gesellschaftlichen Wandel nicht länger leugnen: Vor dem Hintergrund einer 50prozentigen Scheidungsquote, sei sie verpflichtet, "vor den Gefahren [der Nichterwerbstätigkeit, d.Red.] zu warnen", stellte Jacobs im Top Thema fest. Frauen müssten wirklich probieren, "nicht ganz aus dem Betrieb rauszugehen".

Der Mann als Jäger?!

Erna Hennicot-Schoepges weist zwar stolz auf die von der CSV eingeführte Erziehungszulage für nicht erwerbstätige Mütter als "besten Beweis" dafür, dass ihre Parteikollegin eben nicht nur für die eine Gruppe von Frauen eintritt und andere vernachlässigt.

Doch 74,25 Euro monatlich pro Kind bei der Rente angerechnet zu bekommen, reicht ei-

nigen Hausfrauen nicht. Eine anlässlich der Biermann'schen Aussagen neu gegründete "Hausfraën-Verriedung" fordert eine lebenslang monatlich an die Mutter zu zahlende Erziehungs- und Hausfrauenzulage. "Schließlich", so die 38-jährige Initiatorin Marie-Anne Thiltgen, "erhält ein Sportler, der Leistung bringt, seine Medaille auch nicht erst nach 45 Jahren." Thiltgen will in der jetzigen Familienpolitik "einen Zwang für Frauen zur Erwerbsarbeit und Karriere" ausgemacht haben. Auf die Frage, warum den Frauen nicht gleiches ermöglicht werden sollte wie den Männern, antwortete die alleinerziehende Mutter gegenüber der worx: "Der Mann war der Jäger. Das war von jeher so, dass der Mann das Geld in die Familie gebracht hat."

Genau dieses Rollenverständnis, die einseitige Verantwortung von Frauen für die Erziehung und Familie aber hat Marguerite Biermann in ihrer Rede auf RTL kritisiert und kritisiert sie auch weiterhin. "Jede ist frei, zu wählen, was sie will", präzisierte Biermann gegenüber worx am vergangenen Freitag. "Es schockiert mich allerdings, wenn Frauen dafür Reklame machen, wieder in die vier Wände zurückzugehen. Ich möchte nicht dorthin zurück, wo wir die Frauen mühselig rausgeholt haben". Eine Meinung, mit der sie nicht alleine steht. Eine Mitarbeiterin des Cid-femmes, Christa Brömmel, betonte zwar, die Aussagen von Marguerite Biermann stellten eine "persönliche Meinung" dar und bedauerte gegenüber der worx die Polemik, die allen Frauen gerade auch "im Hinblick der nächsten Wahlen" schade. Sie wies aber zugleich auf notwendige Veränderungen bei den Männern hin: "In einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer die gleichen Rechte eingeräumt werden, müssen Männer verstärkt an Erziehungs-, Haus- und Pflegearbeiten teilnehmen und die traditionelle Männerrolle ändern."

Zu starke Worte

Auch wenn sie weiterhin die Wichtigkeit der Erwerbsarbeit für die Unabhängigkeit und die Gleichstellung von Frauen betont, ihre Wortwahl hat Marguerite Biermann inzwischen abgeschwächt: "Hätte ich mehr als die sieben Minuten Sendezeit gehabt, hätte ich wohl weniger starke Worte gewählt", sagte sie gegenüber der worx. In der aktuellen Ausgabe des "Jeudi" bedauert sie, "que mes propos aient été réduits à une attaque contre les femmes au foyer (...)"

Vielleicht liest das ja auch Famill-2000-Begründerin Myriam Unsen-Bellion. Sie war es, die eigentlich die Debatte um die "lidderech Hausfraën" angestoßen hatte: Auf ihren Leserbrief, in dem die Mutter von vier Kindern unter anderem schrieb "Ich bleib' jetzt zu Hause: hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein. Und so nebenbei, neben der ganzen Zufriedenheit und Ausgeglichenheit, die dieser Job mir gibt, erziehe ich meine Kinder zu Menschen ..." hatte Marguerite Biermann ihrerseits mit dem umstrittenen Zitat reagiert.

Ines Kurschat

Gentechnik-freie Nahrung in Gefahr

Gegen die geplante EU-Saatgut-Direktive sprachen sich am vergangenen Mittwoch auf einer Pressekonferenz die Verantwortlichen der luxemburgischen Bioverbände Demeter und bioLABEL sowie Greenpeace aus. Ihre Ablehnung begründeten sie wie folgt: Der vorgelegte Kommissionsvorschlag sehe vor, dass konventionelles, d.h. nicht genmanipuliertes Saatgut künftig mit genmanipulierten Organismen (GMO) verunreinigt werden darf. Greenpeace befürchtet als Folge "die schleichende genetische Verschmutzung von Umwelt und Landwirtschaft mit GMO". Für die luxemburgischen Ökolandbauverbände stelle die Direktive eine existenzielle Bedrohung dar. Nahrungsmittel aus Bioanbau könnten, ebenso wie konventionell erzeugte Lebensmittel, langfristig nicht mehr gentechnik-frei produziert werden. Die Organisationen fordern deshalb den zuständigen Minister Fernand Boden auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass konventionelles Saatgut frei von GMO bleibt. Bislang hatte ein europaweites Freisetzungsmoratorium für genmanipuliertes Saatgut verhindert, dass sich genmanipulierte Pflanzen hierzulande auf den Äckern verbreiten konnte.

Eurobarometer: Think positive!

Ist das Glas halb leer oder ist es halb voll? Wie positiv man Sachverhalte interpretieren kann, zeigt der erste Eurobarometer-Bericht, den die Europäische Kommission diese Woche der Presse vorstellte. Im Rahmen der Meinungsumfrage wurden im Oktober 2001 rund 12.000 BürgerInnen in den dreizehn Beitrittsländern zu Themen wie allgemeine Zufriedenheit, wirtschaftliche Perspektiven, Nationalstolz und europäische Identität befragt. Ihre Antworten fielen zurückhaltend aus: 52 Prozent der Befragten etwa betrachteten sich sowohl als Europäer als auch als Staatsbürger ihres Landes - laut Kommission aber ein Beweis dafür, wie "weit verbreitet" der Gedanke einer europäischen Identität ist. Ebenfalls 52 Prozent der BürgerInnen in den Beitrittsländern haben laut Umfrage ein positives Bild der EU, sei es wegen der damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklung, der Flagge oder der Erweiterung als solcher. Insgesamt positiv äußerten sich 23 Prozent, indem sie, so die Pressemitteilung der Kommission, "beispielsweise sagten, dass die EU eine 'gute Sache' sei." Das sind zehn Prozent mehr als bei den jetzigen EU-BürgerInnen - vielleicht der Hauptgrund, warum die Kommission zu dem Gesamtergebnis kommt, die "überwältigende Mehrheit" der Befragten freue sich auf den Beitritt ihres Landes zur EU.

Professeurs: souffrir pour la robe

La situation du nouveau corps permanent d'enseignants-chercheurs du Centre Universitaire de Luxembourg (Cunlux) fait l'objet de deux réponses de la ministre Erna Hennicot-Schoepges à des questions parlementaires de Ben Fayot. En particulier les professeur-e-s de lycée actif-ve-s au Cunlux avaient dû opter pour un poste à tâche complète ou se démettre de leur fonction au Cunlux. La ministre indique que sur les 51 enseignant-e-s au Cunlux auquel-le-s on a proposé le nouveau statut, 41 ont accepté, parmi lequel-le-s 28 professeur-e-s de lycée. Comme il s'agit d'un cas non prévu par la loi, la question de la perte du statut de fonctionnaire avait été soulevée. La ministre écrit: "... la situation des enseignants-chercheurs reste statutaire ..." Par ailleurs leur carrière de fonctionnaire continue normalement. Cependant la définition de leur tâche et de leur niveau de rémunération se fait dans le cadre de l'autonomie du Cunlux. Ce qui veut dire: travailler plus pour gagner moins. En effet, les concerné-e-s perdent le bénéfice des vacances scolaires et sont tenu-e-s à une présence de 40 heures. Et la prime qui leur est accordée ne saurait contre-balancer la perte des heures supplémentaires habituellement prestées dans les lycées.

